

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 15/1862 –

Bericht über die Bestandsaufnahme durch die Deutsche Energie-Agentur
(dena) über den Handlungsbedarf bei der Förderung des Exportes
erneuerbarer Energie-Technologien

A. Problem

Exportsituation der deutschen Industrie im Bereich der Technologien zu erneuerbaren Energien (EE), Perspektiven, Stand der Exportunterstützung, Exportinitiative der Deutschen Energie-Agentur (dena).

B. Lösung

Kenntnisnahme der Unterrichtung und Annahme einer Entschließung.

**Annahme mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und
FDP**

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 15/1862 folgende EntschlieÙung anzunehmen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit dem Nachhaltigkeitsgipfel von Johannesburg im Herbst 2002 und der Internationalen Konferenz „renewables 2004“ in Bonn wird deutlich, wie groß das weltweite Interesse an den verschiedenen Technologien zur Nutzung der Erneuerbaren Energien ist. Eine Vielzahl von Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern hat auf der Bonner Konferenz neue Ausbauziele und Initiativen für die energetische Nutzung von Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme bekannt gegeben.

Der Bundesrepublik Deutschland kommt international in mehrerer Hinsicht eine besondere Rolle zu: Es konnte der Beweis erbracht werden, dass die in Deutschland ergriffenen Maßnahmen zur verstärkten Markteinführung Erneuerbarer Energien in den Bereichen Elektrizität, Wärme und Treibstoffe wirksam sind. Deutschland ist weltweit mittlerweile der mit Abstand größte Markt für die Nutzung der Windenergie, der größte Markt in Europa zur Nutzung der Solarthermie und der Photovoltaik und Technologieführer im Bereich der Brennstoffzellen- und Wasserstoff-Technologien. „Renewables made in Germany“ haben daher das Potential, in den nächsten Jahren auf den Weltmärkten eine wesentliche Rolle zu spielen. Darüber hinaus bieten sich gerade im Energiesektor vielfältige Möglichkeiten der Bündelung privatwirtschaftlicher und entwicklungspolitischer Zielsetzungen in Form von öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP) an.

Auf dem Weg dorthin müssen jedoch weitere Hindernisse überwunden werden. Die damit verbundenen Anstrengungen kann die überwiegend junge Erneuerbare Energien-Industrie, die von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) geprägt ist, nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand leisten. Ziel ist es deshalb, durch verschiedene Maßnahmen der Exportförderung deutsche Unternehmen bei ihren Aktivitäten zu unterstützen, damit sie sich zukünftig noch stärker auf dem Weltmarkt etablieren können und ihre Exportquote deutlich erhöhen.

Der Deutsche Bundestag hat daher im Sommer 2002 die „Exportinitiative Erneuerbare Energien“ ins Leben gerufen und die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) mit deren Entwicklung und Umsetzung betraut sowie im Haushalt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) einen Haushaltstitel eingerichtet und im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung die notwendigen Mittel veranschlagt.

In diesen zwei Jahren haben dena, BMWA sowie die anderen beteiligten Ressorts wichtige Erfahrungen gesammelt und Instrumente entwickelt, die die Bedingungen für die deutsche Industrie verbessern sollen, erfolgreich auf den internationalen Märkten zu agieren. Dazu zählen vor allem:

- die verbesserte Abstimmung zwischen beteiligten Bundeseinrichtungen, Verbänden und Industrie bei ihren Aktivitäten auf den Zielmärkten,
- die Aufbereitung und Bereitstellung von Know-how für deutsche Exporteure (Verfügbarkeit aktueller und relevanter Informationen über Bedingungen Erneuerbarer Energien weltweit und über die Finanzierung von Projekten),
- das geeignete Marketing für „renewables-made-in-Germany“ in Form einer gemeinsamen AuÙendarstellung, die der Wirtschaft die Gelegenheit gibt, die technischen und innovativen Potentiale ebenso wie ihre Leistungsfähigkeit herauszustellen,

- die Präsentation deutscher Firmen und Produkte im Rahmen des Auslandsmesse-Programms und einer Veranstaltungsreihe mit deutschen Auslands-handelskammern,
- Leuchtturm-Projekte zur Veranschaulichung der hohen Qualität und technologischen Spitzenstellung deutscher Anlagen.

Nach einer zunächst starken Binnenmarktorientierung konnte die deutsche Erneuerbare Energien-Branche in den vergangenen zwei Jahren eine deutliche Internationalisierung der Geschäftstätigkeiten erreichen. So wurden im Jahr 2002 Windkraftanlagen im Umfang von 522 Megawatt exportiert, im vergangenen Jahr waren es bereits 743 Megawatt. Auch im Bereich der Photovoltaik gibt es einen deutlich erkennbaren Trend zu einer verstärkten Exportorientierung, nachdem Deutschland noch in den neunziger Jahren drohte, in eine Importabhängigkeit zu geraten.

II. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
im Rahmen der Finanzplanung:

- die Exportinitiative Erneuerbare Energien als effektives Förderinstrument weiterzuentwickeln und
 - die Abstimmung mit den im Koordinierungskreis der Exportinitiative vertretenen Institutionen zu intensivieren,
 - die „Leuchtturmprojekte“ als Marketingmaßnahmen für deutsche Erneuerbare Energien-Technologien auch über den Bereich Photovoltaik hinaus auf den Bereich der solaren Kühlung und Systemlösungen Solarthermie auszuweiten und finanziell besser auszustatten,
 - den Projektstudienfonds Außenwirtschaft im Rahmen der Exportinitiative Erneuerbare Energien finanziell aufzustocken und das Verfahren zur Antragsstellung für Projektstudien zu erleichtern sowie die Auftragserteilung zu beschleunigen,
 - einen Projektrahmenfonds einzurichten, der deutsche Unternehmen bei der Erschließung von durch multilaterale Entwicklungsbanken (wie z. B. der Weltbank) finanzierte Projekte in Entwicklungsländern unterstützt; dieser Fonds dient dazu, deutschen Unternehmen die Evaluierung von Projektvorschlägen zu ermöglichen,
 - das Messeprogramm als einen Bestandteil einer Gesamt-Markterschließungsstrategie über das Jahr 2005 hinaus fortzusetzen,
 - die Außenhandelskammern bei ihrer Tätigkeit vor Ort im Rahmen des „Programms für den Markteinstieg“ weiterhin zu unterstützen,
 - sicherzustellen, dass die im Rahmen des KfW-Fonds sowie des BASREC-Fonds geplanten Projekte in enger strategischer Abstimmung mit der Exportinitiative realisiert und die im Koordinierungskreis vertretenen Institutionen zeitnah und umfassend über Stand und Entwicklung der beiden Fonds sowie die ausgeschriebenen Projekte informiert werden;
- die vielfältigen Instrumente der Außenwirtschaftsförderung für eine verstärkte Unterstützung des Exports Erneuerbarer Energien nutzbar zu machen und zu bündeln,
- weitere Initiativen zur Markterschließung in Zielländern zu ermöglichen und gemeinsam mit den Unternehmen und Verbänden der Erneuerbaren-Energien-Branche durchzuführen,
- dafür zu sorgen, dass die dena in Zusammenarbeit mit dem BMWA jeweils zum Jahresende dem Deutschen Bundestag einen Bericht über Entwicklung und Erfolge in Relation zur Mittelverwendung, sowie weiteren Handlungsbedarf der Exportinitiative vorlegt,

- geeignete Rahmenbedingungen für die Nutzung Erneuerbarer Energien durch bi- und multilaterale Initiativen in und außerhalb der EU zu schaffen,
- die Information über die Exportinitiative Erneuerbarer Energien in Zusammenarbeit mit den Kammern im Inland zu intensivieren,
- die im Rahmen des BMWA-Förderwettbewerbs „Netzwerkmanagement Ost“ (NEMO) gestartete Initiative „renext“ weiterhin zu unterstützen und eine Ausweitung auf ganz Deutschland in Betracht zu ziehen,
- im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, dem Thema Erneuerbare Energien eine größere Bedeutung einzuräumen und
 - die Mittel und Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit verstärkt im Sinne einer nachhaltigen Energieversorgung einzusetzen, d. h. eine enge Vernetzung zwischen den relevanten Akteuren der Regierung und der Unternehmen herzustellen und die Exportinitiative konzentrierter durchzuführen, um alle Synergien zu nutzen,
 - darauf hinzuwirken, dass die Unterstützung von Projekten zur Förderung Erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern und die Exportinitiative Erneuerbarer Energien größtmögliche Synergien entfalten können,
 - dem Deutschen Bundestag in einem Bericht darzulegen, wie die Möglichkeiten der stärkeren Verzahnung von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Ansatz der Exportunterstützung für Erneuerbare Energien verbessert werden können.

Berlin, den 16. Februar 2005

Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Rainer Wend
Vorsitzender

Dr. Joachim Pfeiffer
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer

I. Überweisungen, Voten der mitberatenden Ausschüsse und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

1. Überweisungen

Die Unterrichtung auf Drucksache 15/1862 wurde in der 112. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Mai 2004 an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat die Vorlage in seiner 59. Sitzung am 16. Februar 2005 beraten und Kenntnisnahme der Unterrichtung empfohlen. Er hat ferner mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP die Annahme des Entschließungsantrags der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 15(9)1666 empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 59. Sitzung am 16. Februar 2005 beraten und Kenntnisnahme der Unterrichtung empfohlen. Er hat ferner mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen eine Stimme aus der Fraktion der CDU/CSU und die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU die Annahme des Entschließungsantrags der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 15(9)1666 empfohlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 44. Sitzung am 29. September 2004 beraten und Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit** hat die Vorlage in seiner 54. Sitzung am 19. Januar 2005 beraten und Kenntnisnahme empfohlen.

3. Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit hat die Beratung der Vorlage in seiner 84. Sitzung am 16. Februar 2005 aufgenommen und abgeschlossen.

Im Ergebnis der Beratungen beschloss der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, dem Deutschen Bundestag die Kenntnisnahme der Unterrichtung und die Annahme der in der Beschlussempfehlung genannten Entschließung der Koalitionsfraktionen zu empfehlen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Deutschland verfügt dem Bericht der Bundesregierung zufolge in vielen Bereichen über eine technologische Spitzenposition. Dies gilt in besonderem Maße auch für die Technologien zu erneuerbaren Energien (EE). Es ist nach Auffassung der Bundesregierung absehbar, dass sich die Nachfrage nach EE-Technologien im nächsten Jahrzehnt rapide entwickeln wird.

Die EE-Industrie hat nach Regierungsangaben in den letzten Jahren einen „beispiellosen Boom“ erlebt und 2002 ein Umsatzvolumen von rund 7,5 Mrd. Euro erreicht. Vor allem die Windenergiebranche habe sich zu einem wichtigen Industriezweig mit rund 40 000 Arbeitsplätzen entwickelt. Mit einer Gesamtleistung von rund 12 000 Megawatt (Ende 2002) und einer Stromproduktion von 45 559 Gigawattstunden im vergangenen Jahr habe sie einen erheblichen Beitrag geliefert, um das Klimaschutzziel zu erreichen. Allein 2002 seien 2 328 Windräder mit einer Gesamtleistung von 3 247 Megawatt neu errichtet worden, was einen Zuwachs von 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeute. Auch die Branchen Photovoltaik und Solarthermie hätten 2000 und 2001 Umsatzzuwächse in Rekordhöhe verzeichnet.

Nach Auffassung der Bundesregierung machen die Erfahrungen der Deutschen Energie-Agentur GmbH deutlich, dass es beim Export der deutschen EE-Technologien erheblichen Handlungsbedarf gibt. Seit der Gründung der EE-Exportinitiative durch den Deutschen Bundestag Mitte des vergangenen Jahres sei jedoch eine neue Dynamik entstanden. Es bestünden gute Chancen, in Deutschland ein leistungsstarkes, strategisch ausgerichtetes Instrumentarium zu etablieren, um EE-Technologien einen besseren Zugang zu Auslandsmärkten zu sichern. Die bessere Präsenz auf diesen Märkten und eine deutliche Erhöhung der Exportquoten sei Voraussetzung für den Erhalt und weiteren Ausbau der EE-Branchen in Deutschland. Für den Bestand der Branche sei es unabdingbar, mittelfristig eine Exportquote von etwa 70 Prozent zu erreichen. Diese Quote werde bisher selbst von der Windkraftbranche weit verfehlt. Alle Anbieter von EE-Technologien hätten im Wesentlichen mit den gleichen Problemen zu kämpfen: Informationsdefizite, Schwierigkeiten bei der Finanzierung und dem konkreten Markteintritt. Ferner hätten viele Unternehmen den Eindruck, dass das vorhandene Instrumentarium nicht ausreichend auf die besonderen Schwierigkeiten der EE-Branchen zugeschnitten sei. So müsse der Informationsfluss zwischen Anbietern und potentiellen Käufern intensiver werden, um präzise und rasch auf Bedarfsstrukturen reagieren zu können. Darüber hinaus gelte es, die Einsatzmöglichkeiten deutscher EE-Technologien durch verstärktes Marketing auf ausländischen Märkten bekannt zu machen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die entsprechende Drucksache verwiesen.

III. Ausschussberatungen

Die Koalitionsfraktionen betonten, dass es in Deutschland im Bereich der EE-Technologien eine Vielzahl junger mittelständischer Unternehmen mit positiven Zukunftsperspek-

tiven gebe. Die vorhandenen traditionellen Instrumente der Außenwirtschaftsförderung seien allein nicht ausreichend, um diese innovativen Unternehmen zu unterstützen. Hier erfülle die dena eine wichtige ergänzende Funktion, etwa dadurch, dass sie die politischen Rahmenbedingungen in anderen Ländern recherchiere und bei der konkreten Identifizierung von Zukunftsmärkten behilflich sei.

Die Vertreter der Fraktion der CDU/CSU erklärten, es sei grundsätzlich zu begrüßen, dass mit der dena nun für den Bereich des Exports von EE-Technologien ein nationaler Ansprechpartner zur Verfügung stehe, der in enger Abstimmung mit der Branche die Entwicklung eines geeigneten Exportinstrumentariums vorantreibe. Dessen ungeachtet sei nach wie vor eine unbefriedigende Koordination der staatlichen Stellen zu beobachten und würden die Belange der herstellenden Industrie unzureichend berücksichtigt. Zusammenfassend bleibe festzuhalten, dass die heute zur Verfügung stehende Technik bei den erneuerbaren Energien in Deutschland überwiegend nicht hinreichend effizient und wettbewerbsfähig sei, in anderen Ländern mit höherer Sonnenscheindauer und Windhäufigkeit könnten die erneuerbaren Energien jedoch durchaus einen Beitrag zur Mittelast, in einigen Regionen sogar zur Grundlast leisten.

Die Abgeordneten der Fraktion der FDP stellten fest, dass die Notwendigkeit auch der Förderung von erneuerbaren Energien und insbesondere auch deren Exportförderung im Grundsatz unstrittig sei. Erhebliche Meinungsunterschiede gebe es jedoch hinsichtlich der Frage der Kriterien der Förderung. Notwendig sei eine Konzentration auf marktwirtschaftliche Elemente statt der gegenwärtig praktizierten ideologisch gewählten Überförderung der erneuerbaren Energien.

Berlin, den 16. Februar 2005

Dr. Joachim Pfeiffer
Berichterstatter

